

Geisenheimer Zeitung

General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigebblatt der Stadt Geisenheim.

Preisprophet Nr. 123.

Preisprophet Nr. 123.

Erscheint
wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Samstag
Bezugspreis: 2 M. — Vierteljährlich frei ins Haus
oder durch die Post; in der Expedition
abgeholt vierteljährlich 1 M. 50 Pf.



Insertionspreis
Der 6-spaltigen Zeile oder deren Raum für Geisenheim 10 Pf.
außerhalbiger Preis 15 Pf. — Reisepreis 30 Pf.
Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif.
Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Nr. 136

Für die Schriftleitung verantwortlich:
Arthur Jander in Geisenheim a. Rh.

Donnerstag den 21. November 1918.

Druck und Verlag von Arthur Jander
in Geisenheim a. Rh.

18. Jahrg.

Wählerin und Wähler!

Am 2. Februar ist Landtags-Wahl.

Sie sollen in Halle am 2. Februar an die Wahlurne treten, um über das Geschick der kommenden Generation ein grundlegendes Wort zu sprechen; zu sprechen mit Hilfe des Stimmzettels!

Ein jeder, der das 20. Lebensjahr zurückgelegt hat, Frau oder Mann, ohne irgendwelchen Unterschied als den der persönlichen Ehrbarkeit, ausgedrückt durch das Fehlen entscheidender Strafen, hat zu wählen. Die Wählerzahl wird dadurch verdoppelt. Die Frauen treten zum ersten Male an diese erhabene staatsbürgerliche Pflicht heran, und die Partei erwartet unbedingt, daß jede von ihnen trag ihrer bisherigen Fernhaltung von der Politik und von der Wahl ihre Schuldigkeit tut, auch die häuslichen aller häuslichen! Die Frau wird den Ausschlag geben, weil sie heute die Mehrheit im Deutschen Reich hat.

Gerade wegen ihrer Wahlbeteiligung ist der Wahlausfall so sehr schwer abzuschätzen. Und es wird eine Unsumme von Einflüssen aller Art auf die Frau einwirken; man wird von allen Seiten versuchen, ihre Stimmung durch kleinliche Nebenfragen zu verwirren und sie für dieses oder jenes Programm einzufangen. Da gilt es für sie, das Ziel fest im Auge zu behalten und unbeirrt durch Nebensächlichkeiten, große entscheidende Punkte der Weltanschauung zu vertreten und ihren Idealen den Sieg sichern zu helfen.

Es geht auf ganzes Deutschland. Nicht eine gewöhnliche Wahl, bei der das nächste Mal unter Umständen wieder gutgemacht werden kann, was diesmal vernachlässigt wurde. Was heute vernachlässigt wird, das kann überhaupt niemals wieder gutgemacht werden; denn das Parlament, das dieses Mal gewählt werden soll, ist die „Constituante“, dasjenige Parlament, das die Grundgesetze: Verfassung usw., des Reiches für das nächste Menschenalter und darüber hinaus legen soll. Es ist klar, daß ein Parlament mit derartig großen Aufgaben unbedingt aus der Willensleistung aller, ausnahmslos aller Wahlberechtigten hervorgehen muß. Wer da fehlt, verzichtet auf das Recht für sein ganzes Leben, irgendwelchen Einspruch gegen die kommenden Dinge zu erheben; denn er hat ja gefehlt, als die Richtung der Weltgeschichte bestimmt wurde, er hat nicht mit am Steuer der Nation gestanden, als es galt, das deutsche Reichsgeheimnis auf den Kurs zu lenken, den es ziehen soll.

Entschuldigungsgründe gibt's nicht mehr! Früher konnte man sich wohl brühen. „Auf meine Stimme kommt es nicht an.“ Weisens war das tatsächlich der Fall. Fast nie stand es sich um eine Stimme, fast nie um wenige; fast immer wurde der Sieg mit mehreren hundert Stimmen verfochten. Und meistens war das auch vorauszuweisen. Also warum da so ängstlich sein? Und warum sich befehlen dort, wo die Wahlteilnahme vielleicht von vornherein nutzlos war, in Kinderbettsbezirken? Da galt es ja doch nur eine Art glanzvoller Appells der Parteifreunde zu veranstalten, um zu erfahren, wie stark die Partei sei. Das wird künftig alles anders werden. Jede Stimme wird vermög der Verhältniswahl wirksam werden, auch wenn sie ganz allein in einem „anderfarbigen“ Bezirke auftaucht. Höheres darüber wird sich aus dem Wahlgeseh, das ja inzwischen ausgearbeitet worden ist, zu ergeben sein. Auf jeden Fall kann in Zukunft keine Stimme unwirksam abgegeben werden. Wer da zurückbleibt, der verläßt sich an seinen Idealen, der tritt seine Interessen mit Füßen und verliert sich den Fluch der kommenden Generation zu, die unter dem Schatten des Reichsdachdaches leben muß, dessen Art und Wesen durch diese Wahl der konstituierenden Nationalversammlung bestimmt wird.

Darum rüfte schon ein jeder für die Wahl! Suche jede Wählerin ihre Freundin, jeder Wähler seine Freunde und Bekannten zur aktiven Teilnahme zu veranlassen.

Wie das neue Wahlgesetz aussehen wird.

Der „Vorwärts“ meldet, daß das neue Wahlgesetz im Entwurf fertiggestellt ist, daß aber Änderungen natürlich noch möglich sind. Der Entwurf sieht, wie verläutet, Wahlkreise mit 150 000 Einwohnern vor. Für das ganze Reichsgebiet wird die Verhältniswahl eingeführt in ähnlicher Weise, wie das vom Reichstag für einige Großstädte beschlossene war. Es soll also auch die Verbindung von Wahlvorschlägen möglich sein. Erfahrungsgemäß gibt es nicht mehr. Beim Aufheben eines Mitgliedes rückt der nächste auf der Liste auf. Die Wählerlisten sind am 2. Januar auszulegen. Einsprüche sind bis zum 11. anzubringen und bis zum 25. zu erledigen. Jeder, der nachträgliche Aufnahme von Wahlberechtigten, die im Januar heimkehrten, soll eine besondere Verordnung treffen. Die Wahlen sollen dann, wie schon angedeutet, am 2. Februar vor sich gehen. Das Bezugsalter ist wie bei der Reichstagswahl, nur daß diesmal Männer von 20 bis 25 Jahren und Frauen über 20 Jahre mitwählen.

Für den Fall, daß Deutsch-Oesterreich den Eintritt in die Deutsche Republik wünscht, soll seinen Abgeordneten der Beitritt zur Nationalversammlung entsprechend den allgemeinen Regeln offenstehen.

Wie wird die „Constituante“ aussehen?

Unsicherheit auf allen Seiten.

In der Regierung herrschen starke Gegensätze in Bezug auf die Wahlen zur „Constituante“, zur verfassunggebenden Nationalversammlung. Nach alten demokratischen Grundsätzen ist diese Versammlung sofort nach einer Revolution zu berufen, damit das neue, durch die Revolution geschaffene Volkshaus sogleich möglich im Sinne der „Selbstbestimmung“ eingerichtet werde.

In Anbetracht haben weder die Kerenski-Deute noch der ersten Revolution, noch die Deute um Lenin, die Bolschewiki, nach der zweiten, die Enderung der Nationalversammlung für angebracht gehalten, weil sie befürchten mußten, daß die Wahlen eine erdrückende Mehrheit gegen die Regierung des Industrie-Proletariats ergeben würde.

Ähnliches befürchtet die unabhängige Sozialdemokratie ebenso wie die Regierung auch für Deutschland, und der Termin der Wahlen soll so weit wie möglich hinausgeschoben werden, damit man Zeit gewinnt für die vorherige Verwirklichung der Enteignung des Privateigentums, soweit das in der Eile möglich ist.

Es diese Befürchtung vor einer bürgerlichen Mehrheit gerechtfertigt ist?

Einige Zahlen: Infolge der Ausdehnung des Wahlrechts auf Personen beiderlei Geschlechts und durch die Herabsetzung des Wahlalters auf 20 Jahre wird sich die Zahl der Wähler außerordentlich vermehren. Nach dem Reichstagswahlrecht waren bisher etwa 13 000 000 Millionen Wähler vorhanden. Man rechnet damit, daß es für die Nationalversammlung an die 33 000 000 sein werden.

Wie die neuen Wähler wählen werden, ist sehr ungewiß. Miquel, der alte Demokrat, sagte seinerzeit: „Wer mit 20 Jahren kein Demokrat ist, der ist ein Dumpe, und wer es mit 40 Jahren noch ist, der ist ein Esel.“ Der Sturm und Drang der Jugend geht jedenfalls nach links, und darum wird sich die Regierung auf einen prozentual größeren Anteil der jugendlichen Wähler Hoffnung machen dürfen.

Bei den Frauen liegen die Dinge ähnlich. Sie haben sich politisch bisher nicht betätigt. Sie werden den wahrscheinlich vorgegebenen Wahlzettel als eine Belästigung ansehen und darum bei der Wahl ihrer Unzufriedenheit Ausdruck geben wollen.

Und nun die bisherigen Zahlen. Von den 18 Millionen Wahlberechtigten stimmten in der Hauptwahl 1912:

1 126 270	Konservativ
367 156	reichsparteilich-freikonservativ
1 682 670	nationalliberal
1 497 041	linkoliberal
51 898	reformparteilich
304 557	für die wirtschaftliche Vereinigung
1 996 848	für das Zentrum
4 250 399	sozialdemokratisch
829 103	polnisch, tschechisch usw.

Wenn man dieses selbe Verhältnis für die kommenden Wahlen zur Nationalversammlung anlegt, stehen die Aussichten des Sozialismus auf eine Mehrheit nicht gut. Es fragt sich nur, inwieweit der Krieg die Massen umgewandelt hat, inwieweit die neuen Wähler und Wählerinnen das Bild verändern werden.

Gegen Steuerhinterziehungen.

Abwehr der Flucht und Vertuschung vor den neuen Wahlen.

Das, was dem deutschen Volke an Steuerbelastung bevorsteht, ist so fürchterlich, daß es in der Weltgeschichte nicht seinesgleichen hat. Dazu kommt, daß die sozialistische Regierung unter dem Zwange der Wahlstimmen die unteren Steuerstufen bis weit hinauf von Steuern möglichst freilassen wird. Da sie außerdem indirekte Steuern ablehnt, muß jedes Einkommen von 10 000 M. mit mindestens 50 Prozent Steuerabgabe, jedes höhere entsprechend höher, bestimmt werden, das alles, sofern uns die Feinde nicht noch eine ruhmreiche Kriegsentzückung aufzwingen. Das einzige Gewerbe, das noch höhere Einkommen erndtlichen wird, wird das der Börsen- und Hintertreppenschieber sein, denen die einzelnen Gewinne nicht nachzuweisen sein werden.

Es ist klar, daß die Kreise, die solche Einarriffe in ihren Besitz zu erwarten haben, zu beschaffen werden. Besonders jene Elemente werden dabei besonders eifrig sein, die an sich nicht zum deutschen Vaterlande gehören, jene internationalen Schichten, die in diesem Kriege zwischen den verschiedenen Ländern hin und her gelaunert haben. Diese Elemente haben ihre Welter am Teil in Deutschland, am Teil

im Auslande angelegt. Heute, da das deutsche Militär das Spiel verloren hat, haben sie natürlich das dringende Bedürfnis, diese Vermögen im Inland vor dieser Tage ins Ausland zu verschieben. Ihnen hat man im vorigen Jahre bereits das Vorhaben zu erschweren versucht, aber lässlos sind diese Bestrebungen natürlich nicht zu erfassen.

Ammerich wirkt das Gesetz so, daß man sich auf Verstecken im Inlande verlegt. Das mobile Kapital hat dazu ja unbegrenzte Möglichkeiten. Aber auch das halbmobile, in Gesellschaften angelegte Kapital hat sich in dieser Hinsicht allerlei geistig. Ihnen allen soll das Handwerk gelegt werden.

Der Reichsfinanzsekretär Schiffer droht:

„Wenn jetzt noch Bargeld und Noten gehamstert werden, insbesondere von den Leuten, die Kriegsanleihe gekauft haben, um das Geld zu thesaurieren, so kann es sich meiner Ueberzeugung nach bei dem Risiko dazu nur noch um Steuerdrückerei handeln. Ich erkläre Ihnen schon heute, daß ich gegen die Steuerhinterziehung in jeder Form mit der äußersten Schärfe vorgehen werde. Das Steuerfluchtgesetz, das die Verhinderung von Geldern und Effekten ins Ausland verhindern soll, war nur ein Anfang; ihm werden entsprechende Maßnahmen für das Inland folgen. Unser Volk hat ein Anrecht darauf, daß die Verteilung der finanziellen Lasten nach dem Prinzip der Gerechtigkeit ganz rücksichtslos und gleichgültig, ob es sich um hoch oder niedrig handelt, durchgeführt wird.“

In der der Regierung nahestehenden Presse wird das Thema weiter behandelt, im „Vorwärts“ insbesondere vom Gesichtspunkte der

Erfassung der Kriegsgewinne.

„Viele Betriebe der Industrie, des Handels, des Verkehrs und der Landwirtschaft haben große Ueberverdienste erzielt, wie allgemein bekannt ist. Ein großer Teil dieser Ueberverdienste ist in Neubauten, Maschinenanlagen, Grundstücken, in Form von Abschreibungen, Rückstellungen u. a. m. festgelegt. Von der Höhe dieser Summen hat die Allgemeinheit keine Ahnung. Die Einziehung dieser Ueberverdienste, nicht der angemessenen Verdienste, dürfte sich als unmöglich erweisen, da sie fest angelegt oder an die Teilhaber verteilt sind. Nur in einzelnen Fällen dürfte eine Einziehung des Ueberverdienstes noch möglich sein. Wo eine Vorziehung nicht möglich ist, könnten dem Staat Anteile in Höhe der Ueberverdienste bei den Betrieben gegeben werden; die Anteile müßten natürlich sichergestellt werden. Landgüter, die aus Ueberverdiensten erworben sind, können für Kolonisationsherangezogen werden. Man halte nicht entgegen, daß die Summen sich nicht feststellen lassen; diese Möglichkeit ist ohne tiefsten Beamtenförmel gegeben. Stellen, die ähnlich gelagert sind, bestehen bereits und arbeiten zum Wohl der Allgemeinheit in zufriedenstellender Weise. Kriegsgewinn oder ähnliche Steuern sind zwecklos, da sie doch wieder abgewälzt werden, und für alle Staatsaufträge hat der Staat diese Steuern wieder auf sich zu nehmen.“

Eine offizielle Meinung der Regierung gibt es nicht. Ein Manifest hat das Privateigentum gegen Eingriffe Privater garantiert, soweit die Macht dazu reicht. Aber Staatsleistungen sind sicher zu erwarten. Die Unabhängigen fordern noch vor der Enderung der Nationalversammlung die Verstaatlichung aller dafür „reifen“ Betriebe, also aller jener Betriebe, deren Wesenart und feste Organisation es auch einige Jahre ohne ersten Schaden gestattet, daß jemand, der nichts davon versteht, den Generaldirektor spielt. Eine erhebliche Vermögensbeschlagnahme gehört weiterhin zu dem offen ausgesprochenen Programm der Unabhängigen, während die „Offiziellen“ um Ebert sich darüber nicht aussprechen.

Trennung von Kirche und Staat.

Säkularisation des Kirchenvermögens.

Das Organ der Zentrumsfraktionen des Reichstags und Landtags, die „Germania“, schreibt:

„Die Trennung von Kirche und Staat gebietet Adolf Hoffmann nun praktisch durchzuführen. Wie wir zuverlässig hören, beabsichtigt er, vom 1. April 1919 ab die Zahlung der Kultusgelder einzustellen, was natürlich zur Folge haben wird, daß die Geistlichkeit, soweit sie in staatlichen Gebäuden wohnt, auch diese verlassen muß. Im preussischen Kultusministerium wird ferner der Gedanke erwogen, das Bestehen der Klöster zu säkularisieren. Zu diesem fauberen Plan, von dem wir erst in letzter Stunde erfahren, wird natürlich noch einiges zu sagen sein.“

Die „Volkszeitung“ schreibt zu der geplanten Trennung von Staat und Kirche:

„Eine solche Maßnahme wäre ein großer Schlag gegenüber den Gefühlen der Katholiken und Protestanten. Wir vermögen nicht zu erkennen, daß die gegenwärtigen Verhältnisse, in denen es doch vor allem darauf ankommt, die Ordnung im Reich und die Ernährung der Volksmassen sicher zu stellen, geeignet sind für derartige Operationen. Wir glauben, im ganzen Lande wird sich neben maßloser Verblüffung härtester Widerpruch regen.“

Der neuen demokratischen Partei haben sich in der Hauptstadt freisinnige Kreise angeschlossen. Darunter befinden sich aus den neuen Listen einige Namen von Interesse. Da ist z. B. bezeichnet Reinhold Jäger, nationalliberaler Reichstagsabgeordneter, Vorsitzender des Verbandes, deutscher Eisenbahndirektor und Arbeiter; ferner Harry v. Bilgim, Schriftleiter am „Reichs- und Staats-Anzeiger“.

Wissen beim Friedenskongress. Aus Washington wird mitgeteilt, daß der Präsident sofort nach Eröffnung des Kongresses nach Frankreich zu reisen beabsichtigt, um an der Beratung über die Regelung der hauptsächlichsten Punkte des Friedensvertrages teilzunehmen, über die er doch auf jeden Fall zu Rate gezogen werden möchte. Es sei unwahrscheinlich, daß er die ganze Konferenz mitmache.

Verhandlungen wegen Nordschleswig. In Schleswig-Holstein gehen Gerüchte, daß auf Grund deutsch-dänischer Verhandlungen der Nordteil Schleswigs, und zwar als zu einer Linie Tondern — nördlich Schleswig an Dänemark abgetreten worden sei. Hierzu wird von einer Regierungstelle, die davon wissen möchte, erklärt, daß solche Abmachungen nicht getroffen sind und daß, sobald festgestellt werden konnte, offizielle Verhandlungen mit Dänemark nicht im Gange seien.

Der Postverkehr mit dem Westen. Der Postverkehr nach den vom Feinde zu besetzenden Gebieten einschließlich der Brückenköpfe und der neutralen Zone wird auch während der Dauer der Okkupation uneingeschränkt aufrecht erhalten.

Die preussischen Gemeindevertretungen. Die preussische Regierung hat eine Verfügung erlassen, wonach diejenigen Gemeindevertreter, deren Mandate abgelaufen sind, vorläufig weiter amtieren. Eine Änderung des Wahlgesetzes für die Gemeindevertretungen ist in Vorbereitung.

Spanien: Demonstration für die Republik.

Die liberale Londoner Zeitung „Daily News“ meldet aus Madrid, daß dort im Volkshaus eine Demonstration für die Republik veranstaltet wurde.

Katalonien hat sich in Spanien die Lage erheblich zugeeignet. Die katalonischen Parlamentsmitglieder sind nach Barcelona abgezogen und hielten dort eine Kundendemonstration zugunsten eines selbständigen Katalonien ab. Die verschiedenen Fraktionen der republikanischen Partei bilden einen gemeinschaftlichen Ausschuss. Die Parteien der äußersten Rechten kündigten ebenfalls einen Propagandasfeldzug an.

Wieder Generalstreik.

In Valencia de Alcántara sind Nachrichten aus Lissabon eingetroffen, daß der Generalstreik in Portugal begonnen hat. Der Verkehr und die Verbindungen sind unterbrochen.

Locales und Provinzielles.

Durch die herrschenden Transportschwierigkeiten ist eine Sendung Zeitungspapier, die bereits seit dem 24. Oktober unterwegs ist, nicht eingetroffen. Wir sehen uns deshalb genötigt, bis zum Eintreffen des Papiers unsere Zeitung auf farbigem Papier herausgeben zu müssen.

Der Verlag.

Berlin 15. Nov. An die Bevölkerung der linksrheinischen Gebiete und der Umgegend von Köln, Koblenz und Mainz!

Die Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages betreffen für die linksrheinischen Gebiete innerhalb eines mit 30 km Halbmesser um die Rheinbrücken von Köln, Koblenz und Mainz geschlagenen Kreises (sogenannten Brückenköpfe) folgendes:

1. Diese Gebiete sind durch die deutschen Armeen zu räumen. Das bedeutet nur, daß die unter den Waffen befindlichen Truppen aus den Gebieten zurückgezogen werden sollen, damit der deutschen Regierung für die Dauer des Waffenstillstandes die Möglichkeit genommen wird, das linksrheinische Land als Aufmarschgebiet zu benutzen. Die Zivilbevölkerung und die Wehrpflichtigen und Rekrutierten können ungefährdet auch bei der nachfolgenden feindlichen Besetzung des Landes an ihrem Wohnsitz bleiben. Im Verlauf der ordnungsmäßigen Demobilisierung werden auch die aus diesen Gebieten stammenden Angehörigen des Heeres und der Marine, soweit sie von der Demobilisierung betroffen werden, in die Heimat entlassen werden.

2. Der Räumung dieser Gebiete durch die Räumung deutscher Truppen wird eine Besetzung mit feindlichen Garnisonen für die Dauer des Waffenstillstandes und nicht vor dem 1. Dezember folgen. Der Feind hat sich das Recht vorbehalten, Requisitionen mit rechtmäßiger Abrechnung vorzunehmen, jedoch ist von den Bevollmächtigten der feindlichen Regierung erklärt worden, daß diese Requisitionen das tatsächliche Bedürfnis der Besatztruppen nicht überschreiten würden.

3. In allen geräumten Gebieten ist die Fortführung von Einwohnern unterlag. Dem Eigentum der Einwohner darf kein Schaden oder Nachteil zugefügt werden. Niemand wird wegen der Teilnahme an Kriegsmassnahmen, die der Unterzeichnung des Waffenstillstandes vorangegangen sind, verfolgt werden. Keinerlei Zerstörung irgendwelcher Art dürfen ausgeführt werden. Die Depots von Lebensmitteln jeder Art für die Zivilbevölkerung, Vieh usw. müssen an Ort und Stelle gelassen werden.

Andererseits ist Deutschland verpflichtet, keinerlei oder nur solche Maßnahmen zu treffen, nach denen Befehle zu erteilen, die eine Entwertung der industriellen Unternehmungen oder eine Verringerung ihres Personals herbeiführen sollen. Eisenbahnen und sonstige Verkehrsmittel werden weiter arbeiten.

4. Der Zusammenhang der linksrheinischen Gebiete mit dem deutschen Reich wird in keiner Weise angefaßt. Der Feind macht lediglich Anspruch auf eine Gesamtkontrolle. Leben und Eigentum der Bevölkerung ist somit nicht gefährdet. Die Bevölkerung handelt richtig, wenn sie ihren Wohnsitz nicht verläßt und auch sonst keine unüberlegten Maßnahmen trifft, um eingebildeten Gefahren zu be-

gegnen.

Die Waffenstillstands-Kommission:

Staatssekretär Erzberger
Graf Oberdorff, General von Winterfeld,
Kapitän zur See Banselew,
Rat der Volksbeauftragten: Ebert

Weissenheim, 21. Nov. Am Dienstag Abend fand im Saale der Germania eine Versammlung, die von der Sozialdemokratischen Partei einberufen war, statt. In dieser Versammlung wurde für unsere Stadt ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, der aus 11 Mitgliedern der Sozialdemokratischen, 2 Mitglieder der fortschrittlichen, 2 Mitglieder der Zentrumspartei und einem Mitgliede der nationalliberalen Partei besteht.

Weissenheim, 21. Nov. Die gestern vom kath. Volksverein und Männerverein einberufene Versammlung hatte sich eines sehr guten Besuches zu erfreuen, was bei der augenblicklichen Lage auch wohl zu erwarten stand. Man konnte bei dieser Versammlung so recht sehen, daß der Politik und den herrschenden Tagesfragen von Seiten der Frauen großes Interesse entgegengebracht wird. Den interessantesten Ausführungen der Redner wurde gespannteste Aufmerksamkeit entgegengebracht. Es liegt sehr im Interesse der Parteien, auch die Frauen, die bekanntlich bei der Wahl der kommenden Nationalversammlung zum ersten Male an die Wahlurne treten sollen, mit den laufenden Fragen der Politik bekannt zu machen und ihre Aufmerksamkeit auf ihre Mitarbeit bei der Lösung der brennenden politischen Angelegenheiten zu lenken.

KA Weissenheim, 21. Nov. Die Kreislohlenstelle bringt in Bezug auf den jetzigen Kohlenmangel folgendes zur allgemeinen Kenntnis:

Der Reichskommissar für Kohlenverteilung hatte zunächst diejenigen Gebieten mit Kohlen beliefern lassen, die weitab von den Kohlengebieten liegen. Für den Rheingaukreis war demnach eine spätere Belieferung vorgesehen. Trotzdem hat die Kreislohlenstelle kein Mittel unversucht gelassen, und schon seit Mai d. Js. in immerwiederholten Eingaben um Bezugscheine für den Winter ersucht, damit wenigstens ein kleiner Vorrat bei dem Eintritt von kalter Witterung vorhanden sei. Sämtliche Schritte waren erfolglos. Der Reichskommissar lehnte eine frühere, bezw. größere Zuteilung mit dem Hinweis ab, daß die Kreisstellen schon mit den ihnen aufgegebenen Mengen überlastet seien. Die Bezugscheine für den Winter sollten anfanglich bis Ende August eingehen, kamen aber erst auf wiederholtes Drängen Ende September. Leider werden die Scheine teilweise erst nach 4—6 Wochen geliefert und es ist sogar noch eine Menge Scheine von früher her im Rückstand.

Der Kohlenmangel ist einzig auf diesen Umstand zurückzuführen, an dem die Kreislohlenstelle keine Schuld trägt. Sie hat im Gegenteil alles getan, um dem Mangel vorzubeugen. Selbst persönliche Bemühungen in Berlin durch ein Mitglied des Kreisausschusses konnten an der Lage nichts ändern. Jetzt sind Bemühungen im Gange, damit die rückständigen Bezugscheine so schnell als möglich geliefert werden, jedoch muß immerhin die Bevölkerung bei den jetzigen Transportschwierigkeiten damit rechnen, daß noch einige Zeit vergehen wird, bis alles hereinkommt. Wir sind augenblicklich nur auf den Wasserweg angewiesen, der bei dem jetzigen Wasserstande auch viel zu wünschen übrig läßt. Jedenfalls dürfen die Einwohner des Kreises überzeugt sein, daß von der Kreislohlenstelle nichts unterlassen wurde und wird um nach Möglichkeit eine Besserung zu erreichen.

Weissenheim, 21. Nov. Betr. Kreditgewährung an Kriegsteilnehmer. Die Ereignisse der neueren Zeit lassen eine baldige Demobilisierung und damit Rückkehr der einberufenen Handwerker erwarten. Dabei wird manchem eine wirtschaftliche Hilfe durch Kreditgewährung nötig oder erwünscht sein. Wir machen deshalb wiederum ausdrücklich darauf aufmerksam, daß unter der Verwaltung der Nass. Landesbank eine Kriegshilfskasse durch den Bezirksverband des Regierungsbezirks Wiesbaden mit dem Zweck errichtet ist, Kriegsteilnehmern oder deren Angehörigen aus den Kreisen des selbständigen Mittelstandes durch Gewährung von Darlehen Hilfe zu leisten. Voraussetzung ist, daß die Betroffenen durch den Krieg in Verdrängnis geraten und zur Erhaltung oder Wiederherstellung ihrer wirtschaftlichen Selbstständigkeit auf diese Hilfe angewiesen sind. Das Darlehen soll in jedem einzelnen Fall 3000 Mark nicht übersteigen. Es kann auch in Form der Eröffnung eines Kredits zur Verfügung gestellt werden. Der Zinssatz soll 4 Prozent nicht übersteigen. Das Darlehen soll regelmäßig für 1 Jahr gewährt, kann indessen von Jahr zu Jahr bis zum 1. Januar 1926 verlängert werden. Die Rückzahlung kann in Raten geschehen.

An die Vorstände der Innungen und gewerblichen Vereinigungen des Kammerbezirks richten wir daher die dringende Bitte, im Kreise ihrer Mitglieder festzustellen, wer in diesem Sinne die Hilfe der Nass. Kriegshilfskasse in Anspruch nehmen will, und uns dies hierher zu berichten. Demnachst werden wir den Vorstand oder dem Antragsteller direkt die nötigen Formulare für die ordnungsmäßige Antragstellung zusenden und daraufhin das weitere veranlassen.

Wiesbaden, 12. Nov. 1918.

Die Handwerkskammer.

An der Heimat... Da gibts ein Wiedersehen! So langen sie, als sie frisch und munter, in der Siegeszuversicht, wie sie ein seit Jahrhunderten von Eroberung zu Eroberung geführtes Land seinen Kampf fern verheeren muß, hinauszogen in den Weltkrieg. Unter wehenden Fahnen! Und unter wehenden Fahnen liegen sie uns Sieg auf Sieg verstanden. Und jetzt kehren sie, nicht geschlagen, auf dem Schlachtfelde trotz alledem Sieger, aus fernem Feindesland heim, niedergebunden durch ein böses Geschick, wie es eine Welt von Feinden bedeutet. Bei grauen Nebeln, ohne Fahnen — nur am frohgemuten Rhein hat man noch die Herdenpannkraft, die Freude über die Wiederkehr durch Flaggenschmuck zum Ausdruck zu bringen, — ziehen sie durch die Straßen. Ein neues Lied singen sie. Weniger pöndelnd und gemüterschütternd als jenes vom Wiedersehen in der Heimat. Etwas trivialer scheint's zu sein, und die Musik ist weniger aut. So steuert man aus der Weite kommend.

nach der Stadtkompeter. Aber ergreifend ist's auch, und an die Stelle der Heimat ist „Mutter“ getreten, dieser Inbegriff alles Geborgenseins auch für harte Männer nach Kampf und Not und Tod. Die weite die Straßen noch bei uns durch die Straßen der Großstädte von Bahnhof zu Bahnhof ziehen, oder in wahnstinnig überfüllten Hägen stierend heimwärts rollen, zittert dahinter ein wartendes Mutterherz dem heimkehrenden Sohne entgegen, in überquellender Freude! Und nach einigen wenigen Tagen, wenn die Entlassungsformalitäten erledigt und der Kämpfer als letzte Erinnerung an den Krieg seinen Entlassungszettel erhalten haben wird, dann gibt's nun doch ein Wiedersehen in der Heimat, nicht in der Sonnenluft der Freude des Siegers, sondern im grauesten Herbstnebel; aber zur unermesslichen Freude der Seintigen, die ihn doch nun „wiederhaben“ und nun wissen, daß der entsetzliche Krieg ihn nicht mehr fortziehen wird.

Keine Volkszählung am 4. Dezember. Unter den inzwischen eingetretenen neuen Verhältnissen würde, wie amtlich mitgeteilt wird, die Durchführung der Volkszählung am 4. Dezember 1918 und einer sich daran anschließenden Fortschreibung der Zivilbevölkerung, insbesondere wegen der starken Bevölkerungsveränderungen, die durch die Demobilisation und das Zurückströmen der Heeresangehörigen in die Heimat bewirkt werden, auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen, auch dürften die Ergebnisse dieser Erhebungen sehr unzuverlässig ausfallen. Es ist daher von der Volkszählung Abstand genommen worden.

Saatgetreide darf bis 15. Dezember geliefert werden. Nach der Saatgutverkehrsordnung ist die Lieferung von Saatgetreide zu Saatweiden nur bis 15. November zulässig. Da infolge des allgemeinen Arbeitermangels und der Grippeerkrankungen die Herbstbestellung vielfach noch nicht beendet ist, hat der Staatssekretär des Reichs Ernährungsamtes angeordnet, daß Wintergetreide zu Saatweiden noch bis zum 15. Dezember geliefert werden darf.

Erbach, 18. Nov. Beim Rangieren eines Güterzuges auf dem Bahnhof Viebrich-Ost wollte der 19-jährige Kremer von hier einen herantrollenden Wagen an einen anstoppeln. Hierbei geriet er mit dem Kopf zwischen die beiden Puffer, so daß der Schädel gequetscht wurde. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Elville, 18. Nov. In der Stadtverordnetenversammlung vom 5. Nov. gab Herr Bürgermeister Dr. Reutner von zwei Meinungsverschiedenheiten Kenntnis, die zwischen der Stadt und der Rheingauwerken hier herrschen. Die Elektrizitätspreise sind im Einverständnis mit der Stadt im Jahre 1917 in Ansehung der Kriegsverhältnisse von 40 Pfg. auf 45 Pfg. für das Licht erhöht worden, und von 16 Pfg. auf 20 Pfg. für Kraft. Das Werk verlangt nun eine weitere Erhöhung auf 50 Pfg. das will die Stadt nicht ohne weiteres zugestehen. Nach ihrer Ansicht kann das Werk etwaige Mindereinnahmen dadurch decken, daß es Geleise aus ihren Rücklagen entnimmt, oder so, daß es die Preise für die Großabnehmer erhöht. Sodann haben nach Ansicht der Stadt die Werke in 1917 zugesichert, sie wollten die Kohlensteuer selbst tragen, falls der Preis auf 45 Pfg. erhöht werde, was ja geschehen ist. Die Werke behaupten aber, sie hätten das nur für den Fall zugesagt, daß der Preis auf 50 Pfg. erhöht werde; da aber beide Punkte eine gütliche Einigung nicht zu erzielen ist, sollen die Fragen durch das Gericht entschieden werden. Die Versammlung stimmt dem zu, nachdem anläßliche Bedenken der Herren Rau, Dr. Dierken und Dr. Korabusch geschwunden waren.

Bingen, 19. Nov. Tag für Tag kommen tausende und aber tausende von Soldaten auf dem Rückwege in die Heimat hier durch. Gestern traf eine Rote-Kreuz-Kolonie und eine Brückenbau-Abteilung der Pioniere hier ein. Die Offiziere wurden in Bürgerhäusern, die Mannschaften in Massenquartieren untergebracht. Heute trifft wahrscheinlich weitere Einquartierung hier ein. Es handelt sich um Truppen der fünften Armee (von der Marwitz). Die Brückenbau-Abteilung wird nach St. Goar sich begeben, wo eine Brücke über den Rhein geschlagen werden soll um der beschleunigten Abfuhr der Truppen zu dienen. Im Rheingau soll ebenfalls eine Brücke gebaut werden.

Bingerbrück 17. Nov. Da sich in letzter Zeit ein umfangreicher Handel in Waren und Dingen, die von der Front ins Land zurückgebracht werden, auf dem hiesigen Bahnhofe wie auch anderwärts entwickelt hat, so wurde die Ausgabe von Bahnsteigkarten gesperrt und neuerdings, weil darauf hin Karten nach den nächsten Plätzen gelöst wurden, vom Arbeiter- und Soldatenrat beschlossen, nur noch Karten 1. Klasse auszugeben. Gegebenenfalls wurden überhaupt keine Karten mehr ausgegeben. Daß nicht geringe Mengen von Gütern, die auf dem Wege dieser neuesten Art von Schleichhandels verhandelt worden sind, zeigt die Tatsache, daß hier Wagen mit Vieh, Benzol, Mehl, überhaupt Güter im Wert von Hunderttausenden von Mark von den Behörden angehalten wurden. Mit diesen Sachen wurde Handel getrieben. Mehrmals wurden vom Arbeiter- und Soldatenrat auch Hausdurchsuchungen gehalten. Es wurden bei einem Bahnbeamten in Bingerbrück u. a. 10 Zentner Kakao, 3 Zentner Butter und Fett 20 vollene Decken, 2 Sack Wolle, viele Konserven usw. gefunden. In einem anderen Falle stellte die Behörde das Vorhandensein von 34 Rissen, die je 50 Büchsen Fleischkonserven enthielten, fest und beschlagnahmte diese Waren. Auch auf der Straße unterwegs wurde dieser lebhafteste Handel getrieben mit Dingen, die dem Verkäufer nicht gehörten, und die kein Käufer erwerben darf, wenn er sich nicht strafbar machen will.

Amsterdam, 20. Nov. In Damast ereignete sich in vorvergangener Nacht ein entsetzliches Explosionsunglück. Zwei mit Munition beladene Eisenbahnwagen flogen in die Luft. Dabei gerieten in der Nähe stehende Hospitalzüge in Brand. Nach den neuesten Meldungen sind 1000 verwundete deutsche Soldaten in den Flammen umgekommen. Es haben sich zahlreiche niederländische Kriegs- sowie 600 holländische Soldaten an den Ort des Unfalls begeben. Der Bahnhof bietet ein Bild vollständiger Verwüstung.

Druckmaschinen fertigt schnellstens die Buchdruckerei Jander

Aus aller Welt.

Der König von Württemberg und sein Haus. Aus Stuttgart wird berichtet, daß der König das Hissen der roten Flagge auf seinem Schloß verweigerte. Er erklärte: „Die Fahne auf dem Dache ist die meines Hauses. Man kann von mir verlangen, daß ich sie einziehe; daß ich auf meinem Privathaus die rote Fahne aufziehe, kann man nicht fordern.“ Schließlich wurde die Forderung nicht mehr gestellt. Der König weilt jetzt in Heidenhausen unter dem Schutz des L. u. S.-Kates.

Plündernde Russen wurden in der Nähe des Schlesienschen Bahnhofes in Berlin festgenommen. Dort war ein Transport von 300 russischen Kriegsgefangenen angekommen, um von hier aus weiter befördert zu werden. Das Transportkommando entfernte sich jedoch von den Gefangenen. Eine größere Anzahl von ihnen machte sich diese Gelegenheit zunutze. Sie suchten Geschäfte verschiedener Art auf, angeblich um einzukaufen. Eine ganze Reihe von Geschäften wurde von ihnen bestohlen. Der Leiter des Sicherheitsdienstes entsandte sofort eine Abordnung, der es gelang, 15 der Russen einzufangen. Sie wurden in das Militärgefängnis gebracht.

Tanzsteuer in Bremen. Der Bremer Arbeiter-Soldatenrat hat dem Wirtverein die Erhöhung der Tanzsteuer auf den zehnfachen Betrag angekündigt. Nach den Plänen der Wirtse sollte das Tanzabonnement für männliche Personen auf 2,50 Mark, für weibliche auf 1 Mark erhöht werden. Für drei einzelne Tänze sollten 50 Pfennig verlangt werden. Der erhöhte Tanzsteuer bestimmte der L. u. S.-Kat, ebenso eine Abgabe von 30 Prozent der Gesamteinnahmen zugunsten der Witwen und Waisen gefallener Kriegsteilnehmer.

Befragung des Hamburger Oberlandesgerichts durch den Matrosenrat. Die Hamburger Matrosen stellen sich klar gegen das Reichsmarineministerium. Sie wählten einen Obersten Marinematrosenrat der Niederelbe, der dem Reichsmarineministerium vorläufig gleichgestellt werden soll. Gefordert wird dessen Verlegung nach Hamburg. Das Gebäude des Hanseatischen Oberlandesgerichts wurde für die Marineverwaltung beschlagnahmt.

Die radikalen Bremer. Der Soldatenrat in Bremen erklärt in einem Beschluß: „Die britischen Arbeiter- und Soldatenräte haben die Gewalt an sich genommen und gegen die anmaßende Gewalt der Regierung übertrug sie die Befugnisse, solange diese bürgerliche Politik treibt und keine sozialistische.“

Revolutionsschwung gegen ein Kreisblatt in Lüchow. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat der Lüchower Kreiszeitung die Eigenschaft als amtliches Kreisblatt entzogen, auf der Post eingegangene Briefsendungen für die Kreiszeitung geöffnet und die Entlassung einer Anzahl von Arbeitern verfügt. Die Kreiszeitung schreibt dazu: „Diesen durch nichts begründeten Einbruch in unser Privatvermögen, in die persönliche Freiheit unserer Angestellten weisen wir mit Entschiedenheit zurück. Die Lüchower Kreiszeitung ist nach wie vor amtliches Kreisblatt des Kreises Lüchow.“

Die Straßburger Garnison nach Erfurt. Für die bevorstehende Beherbergung der Straßburger Garnison ist Erfurt ausersehen. Es dürfte mit einem Zugang von annähernd 50 000 Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften zu rechnen sein. Alle Schulen der Stadt werden dazu bereitgestellt.

Ein Verbrüderung russischer Gefangener mit deutschen Soldaten fand auf dem Fort Morgast bei Riga statt. In deutschen und russischen Ansprachen wurde die Verbrüderung insbesondere zwischen den deutschen Soldaten und den russischen Gefangenen gefeiert. Die Gefangenen, die mit einem Gefangenen schloß, kam auf Anregung der deutschen Soldaten ihren Dank auszusprechen. Bei dem Hoch auf die deutsche Republik und auf die deutsche Zukunft stimmten auch die Russen mit einem deutschen Hoch ein. Die Enthalten blieben sich in reibender Entfernung.

Schlechter Tanz. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Magdeburg teilt mit, daß der liberale Reichstagsabgeordnete Schlachtermeister Robert bei der Aufhebung einer wichtigen großen Butterfeste war, bei der es sich um Millionenwerte handelte. Zum Dank dafür wurde er auf der Straße beschimpft und sogar mit Tausendfachen bedroht, daß das Gerücht umging, daß er den großen Schwindel begangen hätte. Der Arbeiterrat warnt in einer Mitteilung das Publikum, nicht kritisch jedem Gerücht Glauben zu schenken.

Tanzfreiheit! Zu den Verordnungen, die mit der Proklamierung der persönlichen Freiheit durch die neue Regierung wegfallen, gehört auch das Verbot der Tanzbelustigungen. Der Volkskommissar steht auf dem Standpunkt, daß diejenigen, die in diesen schweren Zeiten noch Sinn dafür haben, sich im Tanz zu betheiligen, nicht behindert werden sollen. Es wird also der Wiedereröffnung der Tanzbelustigungen, die vor dem Verbot bestanden haben, nichts im Wege stehen.

Ein entwichener Landesverräter wieder ergriffen. Bei dem Anmarsch in Wilhelmshafen war der Steuermann Johann Brandt entkommen. Er hatte sich alsbald sein Haar gefärbt und die Abzeichen eines Soldaten angelegt. Dies hinderte indessen nicht seine Wiederergriffung. Brandt hatte sein Vaterland auf dem Wege über Holland verraten. Durch diesen Verrat sind viele seiner Kameraden, meistens verheiratete Leute, ums Leben gekommen.

Die Bewegung gegen das Trinkgeld ist in Berlin wieder in Fluß gekommen. In einer von mehr als 1000 Gastwirtschaften besetzten Versammlung in Berlin wurde die Abkündigung des Trinkgeldes durch Bewährung eines festen Gehalts verlangt. In Berlin haben die Wirtvereinigungen in Gemeinschaft mit den Gehilfenverbänden die allmähliche Entlassung der Kellnerinnen beschlossen.

Keine unterirdischen Gänge im Markfall. In Berlin war das Gerücht verbreitet, daß sich im Markfall oder in seinen Nebengebäuden unterirdische Gänge befänden, in welcher Personen und Vorräte verborgen sein sollten. Durch eine eingehende Untersuchung des Arbeiter- und Soldatenrates ist festgestellt worden, daß es keine unterirdischen Gänge im Markfall gibt.

Keine Neuigkeiten. Im Hause Tratteurstroße 31 in Mannheim fiel das anderthalbjährige Kind einer Witwe aus Reutenkirchen von einem Tisch herunter und brach die Hirnschale, wodurch der Tod des Kindes erfolgte.

Auf dem Mittelweg Ulrichshafen wurden zwei junge Soldatenknechte in ihrer Kammer aufgefunden.

Ein Verbrüderung russischer Gefangener mit deutschen Soldaten fand auf dem Fort Morgast bei Riga statt. In deutschen und russischen Ansprachen wurde die Verbrüderung insbesondere zwischen den deutschen Soldaten und den russischen Gefangenen gefeiert. Die Gefangenen, die mit einem Gefangenen schloß, kam auf Anregung der deutschen Soldaten ihren Dank auszusprechen. Bei dem Hoch auf die deutsche Republik und auf die deutsche Zukunft stimmten auch die Russen mit einem deutschen Hoch ein. Die Enthalten blieben sich in reibender Entfernung.

Schlechter Tanz. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Magdeburg teilt mit, daß der liberale Reichstagsabgeordnete Schlachtermeister Robert bei der Aufhebung einer wichtigen großen Butterfeste war, bei der es sich um Millionenwerte handelte. Zum Dank dafür wurde er auf der Straße beschimpft und sogar mit Tausendfachen bedroht, daß das Gerücht umging, daß er den großen Schwindel begangen hätte. Der Arbeiterrat warnt in einer Mitteilung das Publikum, nicht kritisch jedem Gerücht Glauben zu schenken.

Tanzfreiheit! Zu den Verordnungen, die mit der Proklamierung der persönlichen Freiheit durch die neue Regierung wegfallen, gehört auch das Verbot der Tanzbelustigungen. Der Volkskommissar steht auf dem Standpunkt, daß diejenigen, die in diesen schweren Zeiten noch Sinn dafür haben, sich im Tanz zu betheiligen, nicht behindert werden sollen. Es wird also der Wiedereröffnung der Tanzbelustigungen, die vor dem Verbot bestanden haben, nichts im Wege stehen.

Ein entwichener Landesverräter wieder ergriffen. Bei dem Anmarsch in Wilhelmshafen war der Steuermann Johann Brandt entkommen. Er hatte sich alsbald sein Haar gefärbt und die Abzeichen eines Soldaten angelegt. Dies hinderte indessen nicht seine Wiederergriffung. Brandt hatte sein Vaterland auf dem Wege über Holland verraten. Durch diesen Verrat sind viele seiner Kameraden, meistens verheiratete Leute, ums Leben gekommen.

Die Bewegung gegen das Trinkgeld ist in Berlin wieder in Fluß gekommen. In einer von mehr als 1000 Gastwirtschaften besetzten Versammlung in Berlin wurde die Abkündigung des Trinkgeldes durch Bewährung eines festen Gehalts verlangt. In Berlin haben die Wirtvereinigungen in Gemeinschaft mit den Gehilfenverbänden die allmähliche Entlassung der Kellnerinnen beschlossen.

Keine unterirdischen Gänge im Markfall. In Berlin war das Gerücht verbreitet, daß sich im Markfall oder in seinen Nebengebäuden unterirdische Gänge befänden, in welcher Personen und Vorräte verborgen sein sollten. Durch eine eingehende Untersuchung des Arbeiter- und Soldatenrates ist festgestellt worden, daß es keine unterirdischen Gänge im Markfall gibt.

Keine Neuigkeiten. Im Hause Tratteurstroße 31 in Mannheim fiel das anderthalbjährige Kind einer Witwe aus Reutenkirchen von einem Tisch herunter und brach die Hirnschale, wodurch der Tod des Kindes erfolgte.

Auf dem Mittelweg Ulrichshafen wurden zwei junge Soldatenknechte in ihrer Kammer aufgefunden.

Bekanntmachung.

Im Laufe dieser oder nächster Woche kommt der **Haushaltungszucker**

für den Monat November in den hiesigen Kolonialwarenhandlungen zum Verkauf. Die Vorlage der Zuckerkarte zwecks Abtrennung des Bezugsabschnittes hat am 20. und 21. d. Mts. zugeföhren. Auf die Person entfallen 625 Gramm. Däten desgl. Packmaterial ist bei der Empfangnahme mitzubringen.

Weissenheim, den 19. Nov. 1918.

Der Magistrat: Dr. Schneider.

Empfehle mein reichhaltiges Lager in Weinbergspfählen.

Tannene, gerissene Kieferne, Gold-Lärche Primissia, gesägte, kyanisierte, Rundstäbe kyanisiert, Weinbergspfahl imprägniert und kyanisiert, in Länge von 1,50, 1,75, 2 Meter und höher. **Große Auswahl Pfähle zur Baumpflanzung imprägniert und kyanisiert.**

Imprägnierte Pfähle zur Baumanlage in 2 bis 4 Meter Länge 5—12 Zentimeter Zapfstärke.

Wer jetzt kauft und bezieht tut gut daran.

Verkauf ab Lager gegen Kasse, Versand gegen Nachnahme.

Eliababeth Dillmann.

vorm. Gregor Dillmann.

DRUCKSACHEN

IN EINFACHER UND FEINER AUSFÜHRUNG LIEFERT DIE

BUCHDRUCKEREI A. JANDER

Besten Erfolg

haben Inserate jederzeit in der

Geisenheimer Zeitung (18. Jahrg.)

Exp.: Winkeler Landstrass 53b

Fernsprech-Anschluss Nr. 123

Habe mit dem heutigen Tage den Betrieb des

Hotel Germania

(Kathol. Vereinshaus)

übernommen.

Es wird mein Bestreben sein, meine werten Gäste durch aufmerksame Bedienung zufrieden zu stellen.

Um geneigten Zuspruch bittet

Hochachtungsvoll

Phil. Schädel.

Aus dem Felde zurückgekehrt, habe ich meine

Bäckerei

von Montag ab wieder eröffnet.

Um Irrtümer zu vermeiden bitte ich meine verehrten Kunden, nur die im Besitz habenden Protokollen auf dem Rathaus umzutauschen.

Geneigtem Zuspruche sehe bei aufmerksamer Bedienung entgegen.

Wendlin Störzel.



Wer seinen Winterbedarf in

jeht

beschafft, kauft billiger als während der Saison.

Dr. Gentner's

Schuhfett

Tranolin

erhält das Leder weich, macht es wasserfest und dauerhaft, und kann jetzt noch prompt geliefert werden.

Hübsche Plakate und Postkarten.

Hersteller auch des beliebten Wach-Bederputzes Nigrin: Carl Gentner, Wöppingen

Haus oder abgeschlossene

Etagen-Wohnung,

6—8 Räume, in guter Lage für sofort oder später zu mieten gesucht.

Angeb. unter N. N. an die Geschäftsstelle dieser Ztg.

Schreiners Heilmittel

Geflügel u. Kaninchen empfiehlt

Pet. Jos. Klein, Geisenheim, Steinh. Str. 5.

Ohjensfleischextrakt

Erfag

eingedickte Suppenwürze frisch eingetroffen.

Frau Rothhaupt Marktstraße.

Alle Obstarten

kauft fortwährend

Frau Rüdert, Geisenheim, Poststraße 9

Besuchskarten

Buchdruckerei Jander

Fellspanner I. Kaminfelle

Insektenpulver I. Göttingel u. Rande empfiehlt

Pet. Jos. Klein, Geisenheim, Steinh. Str. 5

Hotel, Restaurant, Cafe **Hotel zur Linde** Telefon Nr. 205.

Kontoristin

für Stenografie u. Schreibmaschine gesucht.

Angebote mit Gehaltsansprüchen erbeten.

P. J. Rath, Weinhandlung

Mittelheim a. Rh.

Arbeiter

nehmen an die Geisenheimer

Kautschukwerke.

Auch Arbeiter der Rüstungsindustrie können sich für die Friedensarbeit auf unserem Kontor vormerken lassen.

Züchtige

Arbeiter

finden ständige Beschäftigung bei

Rheingau Elektrizitäts-Werke,

Eltsville a. Rhein.

Zuverlässiges

Mädchen

für gleich gesucht.

Hartmann-Hausert, Geisenheim, Landstr. 49.

Große

Leipziger ill. Zeitung von Weber.

Jämliche Kriegsnummern 222 Hefte, lücken- und tabellos zu verkaufen.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle der Zeitung.

Prima Schöfferhof

Flaschenbier A. Bach (zur Krone.)